

Chance für das Linksbündnis

23.9.2005 Über vier Millionen Wählerstimmen für die Linkspartei.PDS, das ist ein außerordentlich erfreuliches Ereignis von wohl historischer Dimension. In diesem Wahlkampf hat sich ein breiteres Linksbündnis zu formieren begonnen, das formell aus Linkspartei und WASG besteht, faktisch aber wohl erst noch erkundet werden muss. Axel Trost, Vorstandsmitglied der WASG, sagte: „Ich denke, dass die Bundesrepublik jetzt europäisches Niveau erreicht hat. Es gibt endlich auch bei uns eine bedeutende linke Kraft neben der Sozialdemokratie, und zwar bundesweit. Und ich hoffe, dass dies zur Stärkung der Linken in Europa beiträgt.“

Allerdings zeigt sich durch das Wahlergebnis immer deutlicher neben der wirtschaftlichen Krise in der BRD auch eine politische Krise, die durch die Wahlen nicht überwunden sondern offen ausgebrochen ist. Einer der Vorboten war z.B. das Scheitern der Föderalismuskommission. Inzwischen fällt die BR Deutschland im internationalen Vergleich der Industrienationen immer stärker ab, auch die Kreditwürdigkeit scheint gefährdet und von der EU-Kommission droht jetzt ernsthaft ein Defizitverfahren mit einer Geldstrafe von über zehn Milliarden Euro. Zudem scheint es so, als ob die Krise der EU, die sich im Scheitern der EU-Verfassung ausdrückt, einerseits auch die BRD erfasst, andererseits die Politik der BRD (Niedriglohnpolitik, Sparpolitik, Haushaltspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik...) allmählich zu einer ernsten Belastung für die EU, für die Konjunktur in Europa, wird – mit entsprechenden Rückwirkungen wiederum auf die BRD. Die Menschen fühlen das, eine Umfrage nach der Wahl ergab: die meisten sind enttäuscht, angstvoll und ratlos. Insofern ist eigentlich kein Grund zum Jubel für die Linke, die ja dieser düsteren, krisenhaften und beängstigenden Entwicklung höchsten *Prinzipien* entgegen hält, aber kein wirkliches *Gegenkonzept*, ja eigentlich nicht mal eine ausreichende *Analyse* vorliegen hat.

Im Zentrum des Wahlkampfes der Linken standen die Hauptthemen:

- Eine Grundsicherung für ein Leben in Würde und ohne Armut.
- Eine Grundrente für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn für Arbeit, von der man leben kann.

Das entsprach auch den Anliegen wirklich vieler Menschen. Soziale Fragen und Gerechtigkeitsfragen standen bei der Masse der Wähler im Vordergrund, was von Union und FDP brutal unterschätzt wurde.

Bereits im Juli, nach der Veröffentlichung der Parteiprogramme ergaben Umfragen, dass sich die meisten Befragten bereits eine Meinung über die Politikangebote von SPD und Union gebildet hatten und dass die Inhalte mehr zählten, als die Personen. Dabei kamen die Ideen von CDU und CSU zwar nicht so gut an wie die Vorstellungen der SPD, dafür galten die Konzepte der Union offenbar als seriöser. Eine erste Wahlanalyse der Linkspartei fasst zusammen:

Der Inhalt des SPD-Wahlmanifest erreichte bei den Befragten hohe Zustimmungswerte: Die Anhebung des Spitzensteuersatzes und den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr begrüßten gut drei Viertel. Vorschlägen wie der Zahlung eines aus Steuermitteln finanzierten Elterngeldes als Einkommensersatz während der Babypause, der Anhebung des Arbeitslosengeldes II für Ostdeutsche auf Westniveau und der Umwandlung der gesetzlichen Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung stimmen jeweils etwa 70% zu. Im Osten liegt der Grad an Zustimmung sogar noch höher. Das Problem ist für die

Sozialdemokraten ein anderes: Nur ein Viertel der Interviewten hielten diese Inhalte des Wahlmanifestes für glaubwürdig, nur zwei von zehn Befragten hielten diese Versprechen für finanzierbar. Ein Drittel meinte, diese Punkte würden die Siegchancen der SPD bei der Bundestagswahl steigern, gut 40% sehen in diesen Punkten einen Beitrag zur Lösung der Zukunftsprobleme. Der Optimismus der SPD-Anhänger hielt sich dabei in Grenzen. [...]

Anders beim Angebot der Union: Zwar lehnten zwei Drittel die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 18% ab, ansonsten stimmte die Hälfte den Vorschlägen zur Abschaffung des Kündigungsschutzes, zur Einführung eines Kombilohnmodells, der Gesundheitsprämie und der Einführung des Kinderbonus zu. Den Einsatz der Bundeswehr im Inland, beispielsweise zur Terrorabwehr, unterstützten drei Viertel der Befragten. Zwar hielten auch das Programm der Union nur 27% für finanzierbar, dafür nennen es 42% glaubwürdig. ¹

Sibyllinisch warnten die Institute eine Woche vor der Wahl: Viele wollten einen *Wechsel*, aber dies sei auch mit *Ängsten* verbunden. Die Strategie der Union, die Abkehr vieler von den Zumutungen von Rot-Grün in eine „Wechselstimmung“ hin zu einem wirtschaftsliberalen Kurs umzumünzen, ging nicht auf.

Am Wahlabend mahnte Lothar Bisky, dass das Wahlergebnis nicht einfach als Verdienst der Linkspartei verbucht werden könne, sondern viele, noch nicht erfüllte Erwartungen enthalte. „Wir haben eine Chance bekommen“, sagte der Parteivorsitzende der Linkspartei und orientierte auf die nicht unproblematische Fusion von Linkspartei und WASG. Er glaube an die „sanfte Gewalt der Vernunft“ in dieser Frage. Lothar Bisky sagte tags darauf, „das Wichtigste“ habe man hinter sich, in der Fusionsfrage sei die Basis weiter als die Parteileitungen. Klaus Ernst sagte: „Die Wähler haben die Fusion schon vorweggenommen“. Gysi sagte: „Wir stehen unter gewaltigem äußeren Druck.“ ²

Ansonsten kündigte Lothar Bisky noch am Wahlabend drei Gesetzesvorhaben der neuen Bundestagsfraktion an: Die deutschen Soldaten sollten aus Afghanistan zurückgeholt werden, an Hartz IV müsse „fast alles verändert werden“, und ein Mindestlohn soll gesetzlich verankert werden. ³ Lafontaine kündigte Finanzierungsvorschläge für die Gesetzesinitiativen zu Hartz IV an und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Klaus Ernst sagte, die rot-grüne Regierung sei abgewählt, durch das gemeinsame Antreten von PDS und WASG auf den Listen der Linkspartei habe man Schwarz-Gelb verhindern können, und nun werde man gemeinsam mit den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen „Druck erzeugen“. In einer offiziellen Erklärung der Linkspartei heißt es:

¹ http://sozialisten.de/sozialisten/nachrichten/pdf/hoff_twardowski_wahlanalyse.pdf 1,23 MB

² *Gysi im Interview mit der taz: Mit der Linkspartei hat eine Partei eine Wahl gewonnen, die es eigentlich noch gar nicht gibt. Wie schnell muss jetzt die Vereinigung von PDS und WASG vollzogen werden?* Die Bürger erwarten, dass wir das schnell machen. Niemand würde verstehen, wenn wir noch einmal getrennt antreten würden. Noch wichtiger als Schnelligkeit sind mir allerdings Inhalte und Fairness. Wir haben gute Chancen, die Vereinigung fair zu machen: Die Linkspartei hat zwar mehr Mitglieder. Aber die WASG wird zehn Landesverbände dominieren und wir nur sechs. Vielleicht sind wir vor der Berlin-Wahl im kommenden Herbst vereint. *taz*, 20.09.2005

Gysi bezieht sich z.B. auf Überlegungen der WASG, in Baden-Württemberg bei den Landtagswahlen allein anzutreten, was Klaus Ernst aktuell noch nicht ausschließen mochte.

³ *FAZ, zitiert auf der Homepage der Linkspartei:* Der Parteivorsitzende Lothar Bisky sagte begeistert: „Wir sind drin!“, und sagte es abermals. Für Euphoriebekundungen war er viel zu erschöpft. „Wir haben eine Chance bekommen“, sagte er, den Zeigefinger mahnend erhoben. Als die Moderatorin ihn fragte, ob er sich, wie er es so lange ersehnte, nun zurückziehen werde, erwiderte er entgeistert: „Was soll ich dazu sagen?“ und berichtete stattdessen, wie er „wütend“ geworden sei, über die Agenda 2010, über die Daten zur Kinderarmut. „Wenn der letzte Korken knallt heut Nacht, beschäftige ich mich mit der Frage: Wie kriegen wir die Fusion von Linkspartei und WASG hin“, sagte Bisky, ganz der erste Diener seiner Partei. Als „Brechtianer“ glaube er an die „sanfte Gewalt der Vernunft“, versicherte er - und kündigte drei Gesetzesvorhaben der neuen Bundestagsfraktion an: Die deutschen Soldaten sollten aus Afghanistan zurückkehren, an Hartz IV müsse „fast alles verändert werden“, und ein Mindestlohn soll gesetzlich verankert werden. *FAZ* 19.9.2005

Entscheidender als Konstellationsfragen und Farbenspiele sind aber die politischen Inhalte. Da ist auf die Linke Verlass: Keine Stimme für Sozialabbau, für Renten- und Lohnkürzungen, Steuersenkungen für Besserverdienende, Vermögende, Großkonzerne, eine Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen.

Gregor Gysi sagte der taz: „Und ich bin sicher: Jetzt bekommen wir wieder Debatten, in denen es nicht nur um Sozialabbau geht.“⁴ Das Linksbündnis legt also Entschlossenheit an den Tag, die neue Position im Bundestag für politische Initiativen und Angriff zu nutzen, auf die öffentliche Debatte stärkeren Einfluss zu nehmen und die Vereinigung der Linken weiter zu befördern.

Die „Konstellationsfragen“ sind für die anderen Parteien deshalb so schwierig, weil sie vor allem auf die Machtfrage fixiert sind und deshalb kompromisslos auftreten müssen, andererseits „die Wähler“ ein langes Gerangel und weiteren Parteienhader verabscheuen und ein Scheitern der Regierungsbildung mit dadurch ausgelösten Neuwahlen nicht akzeptieren würden. Die Parteien haben regelrechte Angst vor „den Wählern“, „die Politiker“ sind eigentlich gezwungen, Kompromisse zu machen. Dadurch würden aber viele Wahlkampfaussagen zu Makulatur. Alle Parteien außer der Linkspartei sind also in großen Nöten, vor allem, weil eine rot-grün-rote Mehrheit im Hintergrund da ist. Der Vorsitzende der IG Metall Peters empfahl jetzt nochmals eindringlich, „die linke Mehrheit im Bundestag“ zu nutzen, um eine Politik des sozialen Ausgleichs anzusteuern:

„Natürlich muss die SPD damit etwas anfangen. Das ist sie denen schuldig, die sich insgesamt für sie entschieden haben.“ [...] Nach der Absage „an ein neoliberales Weltbild“ müsse nun „eine Regierung her, die den Wählerauftrag erfüllt und eine Politik im Interesse der Arbeitnehmer macht“ [...] Im Übrigen sei es auch „denkbar“, Deutschland mit einer Minderheitenregierung zu führen, „wenn es gelingt, jeweils für die großen Themen Mehrheiten im Parlament zu finden“. *Focus online 22.9.2005*

Wenn jetzt „die Parteien“ unisono verlautbaren, mit der Linken reden sie nicht einmal, so ist das ziemlich arrogant, nicht nur der Linkspartei gegenüber, sondern einem Teil ihrer eigenen Anhängerschaft bzw. Wählerschaft gegenüber, die jetzt zur Linkspartei gewechselt haben. Und das sind nicht wenig: 960.000 Wähler verlor die SPD an die Linkspartei, 280.000 die CDU, 90.000 die FDP und 220.000 die Grünen. Die Wählerschelte, die die Parteien so vornehm ablehnen, vollziehen sie aber damit faktisch, wenn sie die Linkspartei mit dieser Wählerschaft abkanzeln. Besonders impertinent ist die gehässige Polemik der Grünen gegen Lafontaine. War es doch dieser, der seinerzeit gegen den Willen von Schröder eine Regierungsbeteiligung der Grünen durchsetzte und Rot-Grün damit den Weg ebnete.

Geradezu lächerlich machten sich die beiden großen Parteien noch am Wahlabend, als sie sich jeweils zum Sieger erklärten – bei diesen Verlusten! Die Zahlen sprechen für sich: die CDU verlor gegenüber den Bundestagswahlen 2002 über eine Million Zweitstimmen, die CSU 820.516, die FDP gewann eine Million Zweitstimmen hinzu. Die SPD verlor 2.340.428 Zweitstimmen, die Grünen 284.141. Obwohl die Verluste von Rot-Grün mit über 2,6 Mio. Stimmen weit stärker waren als die Verluste von Schwarz-Gelb mit rund 810.000 Stimmen, so kommt das Sprachrohr der Konservativen *Die Welt* doch zu dem Schluss: *SPD erlebt*

⁴ **Sie behaupten, der Erfolg der Linkspartei stünde für einen neuen Zeitgeist jenseits des Neoliberalismus. Nun hat aber gerade die FDP stark zugelegt.**

[Gysi:] Dass es eine neoliberale Strömung in Deutschland gibt, weiß ich. Deshalb sitzt die FDP im Bundestag. Wobei ich zehn Prozent ein bisschen viel finde. Aber der Neoliberalismus hat sich doch in den großen Parteien und ebenso bei den Grünen festgesetzt. Und darüber hinaus: Im Fernsehen und in den anderen Medien dominiert der Neoliberalismus auch. Aber es beginnen Gegenäußerungen, etwa in der taz und in der Zeit. Und mit uns gibt es wieder eine Kraft, die im Bundestag gegen diesen Zeitgeist steht. Und ich bin sicher: Jetzt bekommen wir wieder Debatten, in denen es nicht nur um Sozialabbau geht. *taz 20.09.2005*

Auferstehung in den Ländern – Wahlrend von 2002 wiederholt sich: Wenn es um die Macht in Berlin geht, wählt der protestantisch geprägte Norden mehrheitlich rot:

Die politische Katerstimmung, mit der gestern morgen die Christdemokraten an Rhein und Ruhr aufwachten, wandelte sich nach Lektüre der Wahlanalysen schnell in Verblüffung. Denn das Debakel, das am Sonntag abend über die Union hereingebrochen war, bescherten Angela Merkel nicht wie befürchtet die Wähler in Nordrhein-Westfalen, sondern vor allem die Bayern, Saarländer, Sachsen-Anhalter sowie die Wähler in Berlin, Thüringen, Baden-Württemberg und Hessen. Dort verloren CDU und CSU teilweise weit mehr als die 3,3 Prozentpunkte im Bundesdurchschnitt. So gingen vor allem in Bayern mit einem Verlust von satten 9,3 Prozentpunkten der CSU im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 überraschend viele Wähler von der Fahne. Schmerzliche Einbußen von 4,8 Prozentpunkten im Saarland, von 4,3 Punkten in Sachsen-Anhalt, von 3,9 Prozentpunkten in Berlin und zwischen 3,4 und 3,7 Prozentpunkten in Hessen, Baden-Württemberg und Thüringen ergaben auf der Minusliste kein regional eindeutiges Bild. *Die Welt 20.9.2005*

In ihrer Hochburg Ruhrgebiet konnte sich die SPD zwar mit 49,5% behaupten, hatte aber mit 3,1 Prozentpunkten den höchsten Verlust aller Parteien. Ursache für die Einbuße war die Linkspartei, die im roten Revier auf Anhieb 6,3 Prozent eroberte.

Dagegen konnten sich in den neuen Ländern die Sozialdemokraten mit 29,5 Prozent trotz Hartz IV und hoher Arbeitslosigkeit als stärkste Kraft zwischen Ostsee und Thüringer Wald behaupten. Platz zwei teilen sich im Osten die Linkspartei und die Union mit 25,9 Prozent. Auch an der Küste hatte die SPD die Nase vorn. Damit setzt sich ein Trend fort, der sich bereits bei der Bundestagswahl vor drei Jahren abzeichnete: Wenn es um die Macht in Berlin geht, wählt der protestantisch geprägte Norden mehrheitlich rot. *Die Welt 20.9.2005*

Es hat sich aber nicht nur der Wahlrend von 2002 wiederholt, ein viel längerer Trend scheint sich zu verfestigen: Das bürgerliche Lager ist nicht mehr ausbaufähig, es liegt seit 25 Jahren bei etwa 21 Mio. WählerInnen, in den 80er Jahren in Westdeutschland und danach in Gesamtdeutschland. Lediglich die Überrumpelung der Ostdeutschen durch den Anschluss bescherte Union und FDP 25,5 Mio. Wähler – einmal und nie wieder. Demgegenüber hat Rot-Grün die 17 Mio. Wähler der 80er Jahre auf 20 Mio. Wähler 2005 ausgebaut. Rechnet man die Linkspartei.PDS hinzu, so hat Rot-Grün-Rot trotz starker Verluste von Rot-Grün 24 Mio. Wähler und damit nur relative geringe Einbußen gegenüber der Vorwahl.

Das heißt schlicht: das bürgerliche Lager konnte sich durch den Anschluss der DDR nicht erweitern, sondern gerade halten, während Rot-Grün(-Rot) seinen Rückstand von 3 Mio. gegenüber dem bürgerlichen Lager aufholte, 1994 ein Patt erreichte, 1998 eine erdrutschartige Umkehr der Verhältnisse und jetzt immer noch 3 Mio. Wähler Vorsprung vor den Konservativ-Liberalen hat. Und dieser Vorsprung ist durchaus erweiterbar auf 5 – 6 Mio. Wähler, wie das Wahljahr 1998 bewiesen hat.

So gesehen, käme es wirklich darauf an, was man daraus macht. Nun – die Linkspartei hat nicht nur eine Zuwanderung vor allem von Rot-Grün erfahren. Es gelang der Linken als einziger Partei, Nichtwähler zu mobilisieren. 390.000 Nichtwähler entschieden sich, diesmal links zu wählen, während die anderen Parteien Abwanderungen ins Lager der Nichtwähler zu verzeichnen hatten: SPD -510.000, Grüne -80.000, CDU/CSU -740.000, FDP -120.000. Dies und die Umfragen für die Linkspartei, die ja bekanntlich teils bedeutend über dem tatsächlichen Wahlergebnis lagen, zeigt, dass es hier schon noch Spielraum nach oben gibt.⁵

Wahlentscheidend für Wechselwähler zur Linkspartei waren ganz überwiegend die Themen *soziale Gerechtigkeit* und *Arbeitsmarktpolitik*. Welche Rolle spielte das Programm der Linkspartei generell? Dazu einige interessante Bemerkungen aus der Wahlanalyse der Partei:

⁵ Diese, wie alle anderen Daten, deren Quelle nicht extra ausgewiesen ist, stammen aus der ersten Wahlanalyse der Linkspartei http://sozialisten.de/sozialisten/nachrichten/pdf/hoff_twardowski_wahlanalyse.pdf 1,23 MB

Eine große Mehrheit (82 %) glaubte im Juli 2005 nicht, dass die geplante Linkspartei aus PDS und WASG mit ihren politischen Vorschlägen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen kann. Nur jeder zehnte Befragte bejahte dies (weiß nicht: 9 %). Selbst von den AnhängerInnen der Linkspartei.PDS waren davon nur 50% überzeugt, 47 % bezweifelten dies (weiß nicht: 4 %).

Auf die Frage, was hauptsächlich für den Erfolg der Linkspartei.PDS verantwortlich ist, nannten im gleichen Zeitraum 82% aller Befragten den Protest gegen die aktuelle Politik. Nur 10% gingen von einer Unterstützung der politischen Vorstellungen der Linkspartei.PDS aus. Selbst nur 23% der Anhänger der Linkspartei.PDS nannten die inhaltliche Unterstützung der Politik, für 70% war ihr Erfolg in erster Linie Ausdruck des Protests.

Dass die Linkspartei mit ihrem Wahlprogramm dennoch den Nerv der Wählerinnen und Wähler traf, zeigte eine Umfrage aus dem August 2005. Der Forderung zum Mindestlohn stimmten damals knapp 60% der AnhängerInnen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und 75% der Linkspartei-WählerInnen zu. Bei den Konzepten zur Grundrente und zur Grundsicherung betrug die Zustimmung der SympathisantInnen der Regierungsparteien und der Linkspartei-AnhängerInnen jeweils 80%. Zudem fanden die Attacken der SPD-Führung nicht ihr Ziel: Wenn sie der Linkspartei Unehrlichkeit vorwarf, weil sie die Hartz IV-Reformen kritisierte und sie gleichzeitig in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit umsetzte, folgten nur 22% der SPD-AnhängerInnen diesem Argument. Ein Drittel von ihnen stufte die Ideen der Linkspartei als Populismus ein. Somit taugte die Linke nicht als Feindbild, beim SPD-Versuch unentschlossene AnhängerInnen zu mobilisieren – dazu war die Zustimmung zum Wahlprogramm der Linkspartei unter den Sozialdemokraten zu groß.

Daraus ergibt sich eigentlich, dass sich das Linksbündnis ganz gut geschlagen hat, schwer anzugreifen ist und für die Taktik des Totschweigens und Ausgrenzens einfach zu stark ist. Dennoch deuten die thematischen Schwerpunkte des Linksbündnisses und seiner Wähler auch eine gewisse Enge und Beschränkung an (was noch genauer zu untersuchen wäre). Dies findet sicher auch darin seinen Niederschlag, dass die Linkspartei ihre höchsten Wähleranteile in der Altersgruppe 45-59 Jahre hat, nämlich 10% aller Wähler dieser Altersgruppe, während sie bei jungen Leuten (18 – 34 Jahre) mit 8% leicht unter ihrem Durchschnitt liegt. In diesen Altersgruppen haben FDP und Grüne in der Regel mit jeweils 10 – 13% aller Wähler überdurchschnittliche Ergebnisse. Die SPD liegt bei den jungen Leuten mit 32 – 33% aller Wähler zwar ebenfalls knapp unter ihrem Durchschnitt, aber in Relation zu allen anderen Parteien dominiert die SPD hier eindeutig.

Das Wahlverhalten fasst die Linkspartei in ihrer Analyse so zusammen:

SPD: Die Sozialdemokraten liegen in Großstädten deutlich, in Mittelstädten knapp vor den Unionsparteien. Menschen mit hoher und niedriger Kaufkraft sowie einem hohen Status stimmten mehrheitlich für die SPD, erst dann für CDU/CSU. Bezogen auf die Konfession liegt die SPD bei den Protestanten wie üblich vor der Union. Ebenso wie die Grünen erreicht die SPD die höchste Zustimmung bei den Auszubildenden, gefolgt von den Arbeitern und dann von Angestellten und Rentnern. Innerhalb der WählerInnen dominiert wie 2002 der Frauenanteil.

CDU/CSU: Die Unionsparteien haben ihre Hochburgen im ländlichen Raum, in den Kleinstädten und in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit sowie mit niedrigem bzw. mittlerem Ausländeranteil. Darüber hinaus dominiert die Union in Industriegebieten und landwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsräumen. Gewählt wurden die C-Parteien von Menschen mit mittlerer Kaufkraft und einfachem Status. Die Wahlneigung zur Union nimmt mit dem Alter zu. Gegenüber den Erst- und JungwählerInnen wählten 17% mehr 60jährige und ältere Menschen die Unionsparteien.

Grüne: Die Hochburgen der Grünen liegen in Gebieten die überwiegend durch Dienstleistungsökonomie geprägt ist. Dort sind sie im Vergleich zu ländlichen Räumen bzw. Industrieregionen mehr als doppelt so stark. Die höchste Zustimmung erhalten sie, genauso

wie der große Koalitionspartner, von Auszubildenden. Bei Arbeitslosen, Rentnern und Arbeitern schneiden sie unterdurchschnittlich schlecht ab. Mehr Männer als Frauen wählten bei dieser Wahl die Grünen und die höchste Zustimmung erhielten sie in der Altersgruppe der 35-44jährigen.

FDP: Die Liberalen haben eine relativ gleiche Verteilung auf die Wirtschaftsräume in Deutschland, liegen hingegen in den Industrieregionen besser als im ländlichen Raum und den Dienstleistungszentren. Bevorzugt wird die frühere Partei der Besserverdienenden von den Selbständigen, bei denen sie mit 19% mehr als zehn Prozentpunkte vor den Tätigkeitsgruppen Rentnern, Arbeitslosen und Arbeitern liegt. Die WählerInnenschaft ist überwiegend weiblich, bei den Konfessionen lässt sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Parteien feststellen.

Linkspartei.PDS: Die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei rekrutieren sich, wie bereits bei den Wahlen des Jahres 2004 bzw. der NRW-Wahl für die WASG aus den Tätigkeitsgruppen der Arbeitslosen (23%) und Arbeiter (12%). Es überrascht deshalb nicht, dass die Linkspartei.PDS in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich stark gewählt wurde. Die Zustimmung für die Linkspartei.PDS lag in allen Wirtschaftsräumen ungefähr gleich hoch. Im Vergleich zwischen Gebieten mit hohem, mittlerem und niedrigem Ausländeranteil liegt die Linkspartei.PDS in Gebieten mit hohem Ausländeranteil knapp vorn. In den Altersgruppen konnte die Linkspartei.PDS laut Forschungsgruppe Wahlen mit Zuwächsen von je 5% bei den 30-44jährigen sowie bei den 45-59jährigen am stärksten zulegen. Mit +4% folgen die U30jährigen, am Schluss die über 60jährigen (+2%).

Bundestagswahlen 2005: Wähleranteile nach Tätigkeit							
	Arbeiter	Angestellte	Selbständig	Rentner	in Ausbild.	Arbeitslos	Alle
SPD	37	36	21	36	40	31	34
Union	31	31	42	42	25	24	35
Grüne	5	11	12	4	13	7	8
FDP	8	11	19	9	11	8	10
Linkspartei	12	7	6	7	8	23	9

Die *taz* fragte Gysi: „Oskar Lafontaine spricht jetzt schon von einer "Mehrheit links der Mitte" im Sinne Willy Brandts.“ Gysi antwortete: „Wir haben in jedem Fall eine Mehrheit links von Union und FDP. Aber ob das tatsächlich eine linke Mehrheit ist? Da bin ich noch vorsichtig.“ – Das ist tatsächlich ein Unterschied. Es gibt Tendenzen in der WASG, sich ein „breites“ Spektrum zuzusprechen und dieses dann als gesellschaftliches Zentrum zu definieren:

Die Mitglieder der WASG stammen aus unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und weltanschaulichen Traditionen. Sie haben unterschiedliche Erfahrungen. Das Spektrum ist breiter als in jeder bestehenden Partei und reicht von der christlichen Soziallehre bis zu marxistisch argumentierenden Kräften und politisch gänzlich unerfahrenen Menschen. Sie repräsentieren das gesellschaftliche Zentrum: die durch die Hartzgesetze verarmten Arbeitslosen und Scheinselbständigen, die prekär Beschäftigten und die Lohnabhängigen, die durch die veränderten Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt in Lohnhöhe, Arbeitnehmerrechten und Mitbestimmungsmöglichkeiten bedroht sind. Diesem Zentrum haben sich Menschen aus vielen Teilen der Gesellschaft angeschlossen, die durch die Druckwelle des Neoliberalismus ebenfalls erfasst wurden: z. B. entwicklungspolitische Globalisierungskritiker, Menschen aus dem Bildungswesen, überzeugte Demokraten und Demokratinnen und viele andere ... Die WASG ist das dynamischere Element im

Entstehungsprozess der neuen Linkspartei. Sie hat bundesweit die rasantere Mitgliedarentwicklung. ...⁶

Der Mangel dieser Einschätzung der WASG-NRW dürfte nicht nur in einer gehörigen Portion Selbstüberschätzung liegen, sondern in der Analyse ihrer gesellschaftlichen Basis unscharf bis falsch sein. Es ehrt ja die WASG, wenn sie gesellschaftliche Randgruppen – die unbestritten breiter werden – zum Zentrum ihrer Politik erklärt. Aber diese Schichten zum Zentrum der Gesellschaft zu erklären, auf das sich alle anderen zubewegen – das geht mit Sicherheit fehl.

Jedenfalls muss an einer aussagefähigen Analyse im Linksbündnis wohl noch gearbeitet werden. Erste interessante Aussagen für die Wählerbasis des Linksbündnisses nach Bevölkerungsgruppen liegen in der Analyse der Linkspartei vor. Das Linksbündnis hat in allen Bevölkerungsgruppen zulegen können. Am stärksten, wie bereits dargelegt wurde, in der Gruppe der Arbeitslosen und Arbeiter/innen. Diese Ergebnisse korrespondieren mit den Erfahrungen des vergangenen Jahres – sowohl die Europawahl als auch die einzelnen Landtagswahlen betreffend. Auch für die in NRW angetretene WASG lässt sich diese Erfahrung festhalten.

Für die Linkspartei.PDS spricht ihre relativ gleichmäßige Verankerung in unterschiedlichen Wirtschaftsräumen des Bundesgebietes.

Bei den Jung- und ErstwählerInnen hat die Linkspartei.PDS wieder Boden gut gemacht, doch liegt sie im Parteienwettbewerb gleichwohl auf einem ungünstigen Platz. Dass die Linkspartei.PDS überwiegend von Männern als von Frauen gewählt wurde, liegt sicherlich in dem ausgesprochen männlich dominierten Wahlkampf begründet. Gleichzeitig fällt die Differenz zwischen Männern und Frauen geringer aus als in einzelnen Wahlkampfphasen angenommen.

Stand in der Analyse der Bundestagswahl 2002 der Verlust der früheren DDR-Dienstleistungszentren und der sie vormals prägenden Dienstleistungsklasse im Zentrum der Aufmerksamkeit, lässt sich in der Linkspartei.PDS eine ggf. interessante Veränderung feststellen, auf die der Parteienforscher Franz Walter in einem Beitrag für die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeht und formuliert:

„(...) In der ergrauenden Gesellschaft des ersten Drittels des 21. Jahrhunderts werden die Kohorten der neuen Linkspartei die Majoritätsgruppe der Republik bilden. Die 1950er und 1960er Jahrgänge waren die Babyboomer der westdeutschen Gesellschaft. Bei Wahlen kommt es primär auf sie und auch noch in den nächsten Jahrzehnten an. Sie – und nicht die zahlenmäßig marginalen jungen Altersgruppen – werden im Zentrum der ergrauenden Gesellschaft, der sozialen und politischen Handlungsweisen stehen. (...)

Im Grunde braucht sie [die Linkspartei] sich gar nicht verlegen gegen den Vorwurf wehren, eine restaurative Partei der 1970er-Jahre-Wohlfahrtsstaatlichkeit zu sein. Ihre Kernanhänger und Kernpotenziale im Westen Deutschlands, die geburtenstarken Jahrgänge, sind sämtlich durch die 1970er Jahre zutiefst geprägt worden. (...) Die Wohlfahrtsstaatlichkeit schuf die Voraussetzung – und dies zum ersten Mal in der Geschichte der Menschen –, dass sich die Bürger nach dem Erwerbsleben souverän für einen Neuanfang entscheiden können, dass sie Projekte versuchen, die in ihrem ersten Lebensentwurf nicht enthalten waren, dass sie sich bewusst neue Erfahrungen zutrauen, für die im vorangegangenen Lebensabschnitt noch kein Platz war. (...) Eine Linkspartei, deren Aktivisten im Zentrum der ergrauenden Gesellschaft stehen, könnte daher den Kern dieser auch künftig durchaus populären Wohlfahrtsstaatlichkeit gegen einen zu überspitzt ökonomistisch-juvenilen Neoliberalismus (rigoros eigenverantwortlicher Kapitalbildung für das Alter) verteidigen. (...) Dergleichen hat

⁶ Positionspapier des Landesvorstands NRW der WASG von Ende August, s. wasg-nrw.de

man – wenngleich sehr viel stärker frauendominiert als in Deutschland – in etlichen europäischen Ländern längst beobachten können, vor allem in skandinavischen Wohlfahrtsstaaten.“⁷

Für die Debatten, die jetzt im Linksbündnis und seiner Wählerschaft anstehen, dürften dies doch einige sehr interessante Gesichtspunkte sein. In weitere Beiträgen wollen wir auf die Ergebnisse in Bayern und am Ort näher eingehen.

Peter Feininger

⁷ Walter, Franz 2005, *Linkspartei in ergrauender Gesellschaft*, in: rls-standpunkte Heft 18/2005, S. 3f.